

# Die Stellungnahme des Stadtjugendrings Hannover e. V.

## Anhörung zum Thema der KFN-Studie „Sind Freizeitzentren eigenständige Verstärkungsfaktoren der Jugendgewalt?“

Montag, 24.08.2009, 14:00 Uhr, Rathaus Hannover, Hodlersaal

Der Stadtjugendring Hannover (SJR) mit seinen 26 Mitgliedsverbänden betreibt in Hannover 47 Einrichtungen offener Jugendarbeit – nicht alle Jugendzentren und auch nicht alle mit kommunalen Mitteln gefördert. Und auch bei den geförderten Einrichtungen wird die unter fachlichen Gesichtspunkten erforderliche Mittelzuweisung regelmäßig unterschritten. Diese Ausgestaltung erfordert seitens der Träger eine Begrenzung ihrer Wirkungsmöglichkeiten.

Das hinterlegte Werte- und Normensystem unterliegt dabei keiner Beliebigkeit, erweist sich aber durchaus als breiter gefächert, als dies in einer auf einen Träger reduzierten Variante vermittelbar wäre. Es ist ein stabiles System aus den freien und dem öffentlichen Träger von Jugendarbeit entstanden.

Das in diesen Einrichtungen hinterlegte „**Programm**“ ist nicht die Normierung durch die Einrichtung oder ihren Träger, sondern die Eigeninitiative und der Dialog seiner Nutzerinnen und Nutzer. Diese Arbeit holt die Jugendlichen dort ab, wo sie stehen, anstelle sie dorthin zu zwingen, wo Ihnen vermeintlich Gutes widerfährt.

Dies geschieht mit dem erklärten Willen, zur Stärkung des Selbstbewusstseins – oftmals eines Selbstwertgefühls überhaupt – beizutragen. Es geht um ein Bewusstwerden der eigenen Persönlichkeit und für viele Jugendliche um ein Wahrnehmen des jeweiligen sozialen Gefüges, in dem sie sich bewegen. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind Wegweiser und in extremen Fällen auch Leitplanken.

Genau aus diesem Selbstverständnis heraus sind diese Einrichtungen Bildungsinstitutionen; und zwar Bildungsinstitutionen ersten Ranges mit einem einzigartigen Charakter. Denn es werden vor allem jene Soft Skills vermittelt, von denen in Gesprächen mit Personalleitungen und Wirtschaftslenkern viel zu hören ist. Neben diesen persönlichkeitsbildenden Ansätzen findet hier eine Vielzahl an ganz allgemein „**Bildendem**“ seinen Ort:

- Hausaufgabenhilfe
- Bewerbungstrainings
- Unterstützung im Übergang von Schule und Beruf
- Kunst- und Kulturprojekte
- Projekte zur Gesundheitsprävention

um nur ein paar zu nennen.

Im Übrigen alles Dinge, auf deren Vorhandensein sich die Bildungsinstitution Schule und die Gesellschaft blind verlassen.

Diese Themen der offenen Einrichtung eines Trägers sind vielfach eng verknüpft mit den Angeboten für die Mitglieder seiner Gruppen. Somit stellen die offenen Einrichtungen einen wichtigen Zugang in die gesellschaftliche Mitte dar, aus der sich nämlich die Mehrzahl der regelmäßigen Gruppenteilnehmer eines Jugendverbandes speist.

Wer in dieser Stadt erreicht eine vergleichbare Vielzahl an Jugendlichen? Wer deckt ein solches Spektrum unterschiedlicher sozialer Herkunft ab? Und wer leistet all dies, indem er sich auf die freiwillige Nutzung des Angebots verlässt?

Sicherlich für manche schwer zu ertragen ist eine geradezu quälend langsam erscheinende Wirkung von auf Beziehungstätigkeit basierender Arbeit. Letztlich sind jedoch auch Einrichtungen mit bei weitem höherem Verpflichtungscharakter die „schnellen Ergebnisse“

schuldig geblieben. Niemand ist jedoch auf Idee gekommen, die Schließung von Strafanstalten zu fordern, nur weil hier die Dichte an Delinquenz besonders hoch sein soll.

Besteht aber andererseits überhaupt eine Ahnung darüber, welche Lerneffekte entstehen, wenn Jugendliche aus der gesellschaftlichen Mitte im Verantwortungsbereich „ihres“ Jugendverbandes auf die häufig wenig in die Gesellschaft integrierten jugendlichen Nutzer und Nutzerinnen einer offenen Einrichtung treffen? Oder wenn eben jene Jugendlichen aus den offenen Einrichtungen im Rahmen einer vom Verband organisierten Freizeitmaßnahme an den Alltag einer festen Gruppe des Trägers herangeführt werden? Und dabei ist es egal, ob einem als Träger die Falken oder der CVJM vorschweben, der Jugendumweltverband oder der BdKJ. Es ist vielmehr das Prinzip der Arbeit, dass diese Wirkung entfaltet.

Dies alles geschieht zur Zeit unter dem Eindruck drastisch gekürzter Mittel für den Bereich der offenen Arbeit. Und im Moment zum Glück nur bedingt zu Lasten von Qualität, da es den freien Trägern noch gelingt, die fehlenden Mittel über verstärkten Einsatz Ehrenamtlicher und durch Mittel für eigentlich andere Aufgabenbereiche zu kompensieren. Wir befinden uns allerdings realistisch betrachtet an einem Punkt, an dem entschieden werden muss.

Im hohen Maße skeptisch ist allerdings ein Konzept zu betrachten, das in diesem Zusammenhang von Schule akzeptable Ergebnisse erwartet. Denn die Rahmenbedingungen geben dies bei weitem nicht her:

- Schule ist nicht in der Lage, halbwegs frei über Regeln und Gestaltung zu verhandeln
- Schule ist nicht offen für alternative Lösungswege
- Schule ist nicht kommunikativ, weil nicht dialogisch konzipiert
- Schule kann nicht in allen Fällen Selbstvertrauen stärken

Schule ist vielmehr normierend in einem engen Rahmen. Und dass Schule so ist, ist keine ausschließliche Kritik an ihr, denn Schule hat schlichtweg andere Aufgaben als Jugendarbeit.

Von der vorhandenen Trägervielfalt, die Ausgewogenheit im Angebot und Entscheidungsfreiheit des Einzelnen garantiert, kann so nichts bleiben, denn Schulsozialarbeit arbeitet weisungsgebunden einzig im Hoheitsbereich von Schule.

Die Fixierung von Zeit und Ort im System Schule bietet auch keine Perspektive für die Ferienzeit und alle ansonsten außerhalb des Wirkungskreises von Schule liegenden Zeiten.

Das Potential einer Heerschar ehrenamtlicher, bestens qualifizierter Helferinnen und Helfer bliebe ungenutzt – ja: diese würden um die Möglichkeit einer eigenen, für unsere Gesellschaft im hohen Maße wertvollen Lernerfahrung gebracht.

Was im Übrigen nährt die Annahme, dass sich die Bildung von Peergroups an Schulen auf andere Weise vollzieht, als in Jugendeinrichtungen? Ist nicht vielmehr anzunehmen, dass sich auch im Klassenverband die jeweiligen gesellschaftlichen Herkünfte zusammenfinden?

Und über welche Klassenstufen denken die Macher und Macherinnen der KFN-Studie nach? Werden nicht bereits mit dem Ende der Grundschulzeit Aufteilungen nach Leistungsstand – und damit ja auch in den meisten Fällen nach sozialer Herkunft – vollzogen? Wird da also die flächendeckende Einführung der IGS gleich mit eingefordert?

Wo bleiben überhaupt diejenigen Nutzerinnen und Nutzer, deren Schulpflicht beendet ist?

Es werden weit mehr Fragen durch ein solches Konzept aufgeworfen, als an Problemlösungen erkennbar ist – und das auch noch vor dem Hintergrund, dass die Problembeschreibung der KFN-Studie selbst vielfach als unzulänglich, teilweise als abwegig beschrieben wird.

Da erscheinen die Problemfelder, die sich in der städtischen Konzeption zu Jugendarbeit und Schule finden, bei weitem als das „kleinere Übel“. Wenn es nämlich hierbei gelingt, die Jugendarbeit auf gleicher Augenhöhe mit Schule zu positionieren, kann es auch gelingen, die Qualitäten dieser beiden so unterschiedlichen Systeme zusammenzuführen. Und dies könnte erreicht werden, ohne das etablierte System von Jugendarbeit in freier und öffentlicher Trägerschaft nachhaltig zu beschädigen bzw. andererseits das System Schule erneut – nach dem bereits wenig erfolgreichen Ansinnen, das „Erziehungssystem Familie“ ersetzen zu müssen – mit Aufgaben zu überfrachten, für die der Schule weder Mittel noch Methoden in ausreichender Menge zur Verfügung stehen.

Wir plädieren deshalb für eine angemessene Stärkung der dritten Sozialisationsinstanz: Neben der vielfach als nicht mehr existent gewählten Familie und einer Schule, deren Wirken wir als in vielen Fällen schwierig erleben, bietet sich der Bereich verbandlich und öffentlich getragener Jugendarbeit geradezu an. Denn außer der Kritik des Herrn Prof. Pfeifer an einer bestimmten Ausgestaltungsform dieser Arbeit und den allseits schwierigen Rahmenbedingungen, gibt es überwiegend positives zu vermelden!